

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für die Wohnung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 69.

Die abgegebene Konzeptionsstelle oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Erzeugungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Erzeugungsbeitrag. Einzelne Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Klarheit

Das Dunkel, das bisher über den Steuerabsichten der Regierung lag, ist gewichen. Die Veröffentlichung der 15 Steuervorlagen, so unklar oder nichtssagend, so ein- oder vielschichtig die Angaben über die einzelnen Steuern auch sind, schafft doch Klarheit über das, was die Regierung Wirth erstrebt. Erneut zeigt sich, daß eine herrschende Klasse freiwillig nichts von ihrer Macht aufgibt, daß von der Kraft und der Einsicht der Arbeiterklasse ihr Einfluß im Staate und damit ihr Einfluß auf die Verteilung der Steuerlasten abhängt. Als die Regierung ihr Amt antrat, ließen wir vom ersten Augenblick an keinen Zweifel darüber bestehen, daß ihre Existenz davon abhängen würde, welche Stellung sie zu der Grundfrage der inneren Politik, der Abführung der Reparationslasten einnehmen würde. Ueber die Bestrebungen der bürgerlichen Koalitionsparteien gaben wir uns nicht der geringsten Illusion hin. Von der politischen Einsicht der Regierung aber hing es ab, ob sie bedingungslos vor dem Bloß der Steuerlichen kapituliert oder den erbitterten Versuch machte, das Kapital zur Tragung der Reparationslasten heranzuziehen.

Es ist kaum anzunehmen, daß solche Erwartungen jetzt noch bestehen. Die Steuervorlagen der Regierung Wirth haben sie vernichtet. So sind Tausenden und Hunderttausenden erneut die Augen geöffnet worden, daß guter Wille, wenn nicht lautere Absichten die großen Klassen gegenüber weder aus der Welt schaffen noch überbrücken können. Dadurch ist denn der Augenblick gekommen, wo die „Bewährungskristall“, die die Unabhängige Sozialdemokratie dem Kabinett Wirth zur Durchführung der aus dem Ultimatum sich ergebenden Aufgaben gewährt hat, abläuft. Entsprechend ihrer am 4. Juni im Reichstage abgegebenen Erklärung, zunächst aus außenpolitischen Gründen die „Taten“ der Regierung abzuwarten, ihr gegenüber aber jederzeit „die Klasseninteressen des Proletariats mit aller Entschiedenheit zu vertreten“, kann gegenüber den jetzigen Absichten der Regierung nur noch rücksichtslos der Kampf in Frage kommen.

Man wußte, daß umfangreiche Steuern auf den Verbrauch beachtlich waren, daß die Teuerungswelle, die sich jetzt bereits von Tag zu Tag verstärkt, dadurch erheblich gesteigert und die Lebenshaltung der Massen noch weiter eingeschränkt würde. Was die Regierung aber in dieser Beziehung jetzt bietet, und wie sie es ankündigt, das zeigt doch, daß alle diese Steuerpläne aus der Japszeit den Geist atmen, der stets die rechtsgerichtete Beamtenschaft des Finanzministeriums befehlet hat. Dieser Geist der Schonung gegenüber dem Besitz hat nun wiederum gefogelt über jede soziale Erwägung und mehr noch über die unbedingte Notwendigkeit einer großzügigen und grundsätzlichen Entscheidung. Anstatt einer Gesamtvorlage, die den trostlosen Finanzen des Reiches und den gewaltigen Lasten aus der Wiedergutmachung entsprechen, die das Gleichgewicht des Haushalts des Reiches herzustellen würde, ist ein kümmerliches Flickwerk entstanden.

Wir haben stets betont, daß die wichtigste Forderung an die künftige Finanzreform die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt ist. Denn dieses Mangeldefizit im Etat hat den immer stärkeren Notendruck zur Folge. Vermehrung der Notenmenge aber bedeutet Erhöhung der Preise und Sinken der Löhne, automatische Verschlechterung der Lebenshaltung aller auf feste Bezüge Angewiesenen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Es ist die denkbar schlechteste, die Arbeiter am meisten schädigende Besteuerungsart und in ihren Wirkungen schlimmer als jede indirekte Steuer. In gleichem Maße, wie sie die Lohnempfänger schädigt, begünstigt sie aber die Besitzer der Produktionsmittel, der Goldwerte. Deren Einnahmen steigert sie auf Kosten der Arbeiterklasse. Sie hindert ferner aber auch die Steigerung der Produktion und senkt die Basis, die der Industrie Exportprämien, den Landwirten hohe Preise und den Lohnempfängern Hunger und Not bringt.

Auch der Reichskanzler Wirth hat bisher die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt als das von ihm erstrebte Ziel erklärt. Jetzt aber ist mit einemmal keine Rede mehr davon. Die Regierung scheint die Absicht, durch diese Finanzreform den Etat ins Gleichgewicht zu bringen, völlig aufgegeben zu haben. Denn nach der Berechnung des Reichsfinanzministers, die er dem Reichstag unterbreitet hat, weist der Etat einen Fehlbetrag von 107,5 Milliarden auf. Mittlerweile wird sich dieser Fehlbetrag im kommenden Etat noch um ungefähr 20 Milliarden Mark erhöhen, weil mittlerweile der ganze Wert des Etats die Staatskosten für die Reparationen answellen läßt. Würde man selbst so optimistisch wie der Reichskanzler die Einnahmen aus den geplanten neuen Steuern auf 85 Milliarden Mark schätzen, so würde im Etat noch immer ein Defizit von rund 40 Milliarden bleiben. Anstatt kleiner würde also das Loch im Reichsäckel immer größer.

Zu dieser drückendsten aller indirekten Steuern, die zu befechtigen die Regierung auch stets als ihre Hauptaufgabe bezeichnet hatte, sollen aber nun noch die Steuern auf so notwendige Nahrungsmittel wie Zucker, auf Ver-

Stillstand der Pariser Verhandlungen

Berichterstattung der Sachverständigen

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hatte es als möglich bezeichnet, daß der erste Tag der Pariser Konferenz auf einen toten Punkt komme. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen und der französischen Regierung seien zu weitreichend. Die britische Regierung sei davon überzeugt, daß eine Entscheidung über Oberschlesien sofort getroffen werde und daß sie von den dort jetzt befindlichen Ententetruppen durchgehelt werden könnte. Noch am Tage der Ankunft der britischen Delegation in Paris seien dort Nachrichten aus London eingetroffen, die diese Ansicht der britischen Regierung in dieser Frage nur bestärkt hätten. Diese Voraussage ist durch den Verlauf der ersten Sitzung des Obersten Rates bestätigt worden. Von der „Agence Havas“ wird über sie folgender inoffizielle Bericht herausgegeben:

Die Sitzung ist um 6,45 Uhr zu Ende gegangen. Sie war vollständig durch die Besprechung der ober-schlesischen Frage ausgefüllt. Ministerpräsident Briand eröffnete die Sitzung und begrüßte die alliierten Vertreter. Darauf wurde jede Delegation aufgefordert, ein allgemeines Exposé der ober-schlesischen Frage zu geben. Der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses, Fromageot, legte den französischen Standpunkt dar und zeigte, daß das Abstim-mungsgebiet geteilt werden könne und daß der Grenzverlauf durch das Ergebnis der Abstimmung nach Gemeinderestimmungen bestimmt werden müsse. Darauf gab Sir Cecil Hurd eine Darlegung des englischen Standpunktes, der auf die Unteilbarkeit des Industriegebietes und keine Zustimmung an Deutschland hinausläuft. Der französische Sachverständige Paroze gab der Ansicht Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt und zum großen Teile, einschließlich Königshütte, an Polen fallen müsse, wobei der Grenzverlauf sich merklich der Sforza-Linie zu nähern habe. Der italienische Delegierte hat einen vermittelnden Standpunkt vertreten.

Die Berichterstattung der Sachverständigen hat also nichts Neues ergeben. Ihre Meinungen stehen sich ebenso schroff gegenüber, wie die Auffassungen der englischen und der französischen Regierung. Der Abbruch der Verhandlungen nach ihrem Bericht braucht allerdings noch kein Zeichen dafür zu sein, daß eine Einigung zwischen den Alliierten über die ober-schlesische Frage überhaupt nicht mehr möglich scheine. Vielmehr ist anzunehmen, daß jetzt die Beratungen hinter den Kulissen ihren Anfang nehmen werden und daß man eifrig nach einem Kompromiß suchen wird.

Inzwischen hat der deutsche Reichskanzler noch einmal versucht, auf die Entscheidungen des Obersten Rates einzuwirken. Er hatte mit dem Vertreter eines italienischen Blattes eine Unterredung, worin er die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland als unabweisbar bezeichnete, wenn

nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es bei der Abstimmung zum Ausdruck gekommen sei, zum Hohn werden solle. Er wandte sich dann besonders gegen die, in der nationalistischen Pariser Presse ausgesprochene, Befürchtung, daß Oberschlesien zu einer Waffenschmiede für Deutschland werden könne. Deutschland führe keinerlei kriegerische Absichten im Schilde. Ein deutsches Oberschlesien werde berufen sein, in friedlicher Arbeit den Wiederaufbau Europas zu fördern. Wirth fuhr fort:

Die deutsche Regierung hat sich schon in ihrer Note an die alliierten Mächte vom 1. April bereit erklärt, Polen unter vorzugswürdigen Bedingungen die für seine Wirtschaft etwa noch erforderlichen Kohlen und sonstige Erzeugnisse zu liefern, solange das an Bodenschätzen überaus reiche polnische Gebiet, welches den größten Teil des südöstlichen Beckens umfaßt und viel größer als das deutsche Areal ist, noch nicht erschlossen ist. Sie hat sich weiterhin bereit erklärt, weitgehende Hilfe bei der Erschließung der polnischen Bodenschätze zu leisten. Sie hat gehofft, auf diese Weise enge wirtschaftliche Bande zwischen Deutschland und Polen zu knüpfen, die auch eine Grundbedingung für den Bestand des polnischen Staates sind. Sie hat aber aus Warschau nur Spott und Hohn gehört, sie hat erleben müssen, wie die polnische Regierung den dritten blutigen Ausstand in das ober-schlesische Land trug, und sie muß jeden Tag noch erleben, wie der deutsche Abstimmungsstief durch unsaubere Methoden verärgert wird. Wir können und wollen mit solchen Waffen nicht kämpfen, wir wollen Frieden, Arbeit und Recht. Aber wir verlangen das gleiche von der Gegenseite und müssen fordern, daß sie aufhört, nach unrechtmäßigen Zielen zu streben, und daß sie auf alle Mittel der Gewalt verzichtet.

Der Reichskanzler erklärte schließlich, daß der Gedanke einer provisorischen Lösung der ober-schlesischen Frage für die deutsche Regierung völlig unannehmbar sei; sie widerspreche dem klaren Worte des Friedensvertrages und würde den Reim zu dauernden Konflikten im Osten tragen. Deutschland vertraue fest darauf, daß der Spruch des Obersten Rates im Sinne des Rechts ausfallen werde, das allein den so nötigen Frieden und Wiederaufbau Europas ermöglichen und gewährleisten könne.

Keine Mobilisation Rußlands

E. E. Warschau, 8. August.

Der Vertreter Polens bei der baltischen Konferenz, Unterstaatssekretär im Außenamt Dombki, hat Pressevertretern gegenüber erklärt, die Konferenz habe festgestellt, daß die Gerüchte von der allgemeinen Mobilisierung unangebracht seien, und daß die Vertreter der einzelnen baltischen Staaten die Bereitschaft ihrer Regierungen mitgeteilt haben, den Opfern der russischen Hungersnot zu Hilfe zu kommen.

brauchsartikel wie Leuchtmittel und Zündhölzer, Kaffee, Tee, Kakao usw. treten! Das ist nichts anderes, als der Versuch, den allergrößten Teil der Lasten den am wenigsten leistungsfähigen Schichten aufzubürden. Wie es scheint, sind deshalb auch Angaben über die voraussichtlichen Erträge der einzelnen Steuern mit voller Absicht vermieden worden. Ist das vom Standpunkt derer, die die Belastung des Besitzes nach Möglichkeit verhindern wollen, verständlich, so ist es in unseren Augen einer der größten Fehler. Wenn es am Schluß der amtlichen Veröffentlichung über die Steuervorlagen heißt, „daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundgedanken einer gleichgewichtigen und gerechten Rechnung trägt“, so ist das nur die deutliche Absicht, die Massen über die Wirkungen der Regierungsabsichten zu täuschen.

Die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern ist heute vollkommen willkürlich geworden. Die Einkommensteuer z. B., also eine direkte Steuer, trifft heute mit besonderer Wucht gerade das Arbeitseinkommen und macht diese Unterscheidung völlig unbrauchbar. Trotzdem wird die Regierung kaum so „ehrlich“ gewesen sein, um die durch die Lohnsteuer aufzubringenden Milliarden den Leistungen der nichtbesitzenden Schichten zuzurechnen. Dazu kommt aber, daß durch die Geldentwertung, die langsame Einziehung der sogenannten direkten Steuern ihre Abwälzbarkeit auf die Verbraucher, gewaltig erleichtert worden ist. Auch die sogenannten direkten Steuern sind nicht von den Besitzern von Vermögen getragen, sondern von den Massen geleistet worden. Ist es nicht dem Kapital seit 1918 trotz aller Steuern mit hohen Sätzen sehr gut ergangen? Hat es nicht verstanden, durch die Abwälzung auf die Verbraucher, durch die Kapitalverschiebungen ins Ausland, durch Umgehung und Durchlöcherung der gesetzlichen Bestimmungen sich den Wirkungen der Steuererhöhungen zum großen Teil zu entziehen?

Alle diese trostlosen Erfahrungen- und verhängnisvollen Wirkungen der bisherigen Steuergesetzgebung sollen aber nach den Absichten der Regierung unberücksichtigt bleiben. Denn so wenig sie der Forderung zu entsprechen gedenkt, daß durch die künftige Finanzreform das Defizit im Reichshaushalt gedeckt, also ein wesentliches Mehr an Steuern aufgebracht werden muß, so abgeneigt scheint sie auch dem anderen Erfordernis: der schneidenden Deduktion des Staatsbedarfs, entsprechen zu wollen. Gewiß ist das mit den bisherigen Steuergrundsätzen und -methoden nicht zu erreichen. Dann aber war um so notwendiger, sollte kein Flickwerk geschaffen werden, das die Reform der Reichsfinanzen und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen mehr hindert als fördert, daß neue Wege gegangen wurden.

Auch davon hat die Regierung abgesehen. Zwar erklärt sie, daß die Erfassung der Sachwerte auf anderem Wege als dem der Besteuerung „nach der eingehenden Prüfung des Kabinetts“ unterliegt. In Wirklichkeit aber hat der Kampf innerhalb der Regierung bereits mit einem Siege der Gegner der Erfassung der Goldwerte geendet. Das Reichswirtschaftsministerium ist unter dem Druck dieser Gegnerschaft gezwungen gewesen, seine ursprünglichen Pläne erheblich einzuschränken. Die Belastung des landwirtschaftlichen und städtischen Besitzes durch Zwangshypotheken ist endgültig ausgegeben. Auch der Vorschlag der Beteiligung des Reiches an den Industrieunternehmungen besteht heute nur noch insofern, als an die Stelle der erhöhten Körperschaftsteuer eine Kapitalbeteiligung des Reiches treten soll. Zwar würde auch das schon ein erheblicher Fortschritt gegenüber den Absichten der Reichsregierung bedeuten. Denn während die Körperschaftsteuer völlig ungenügend ist, würde die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten bei den größeren Industrieunternehmungen einen Ertrag von 67 Milliarden Mark bringen, der in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren eingehen würde.

Man sieht deshalb an der offiziellen Ausfassung, daß man lediglich das Etikett „Sachwerte“ gestohlen hat, in der Hoff-

nung, auch damit über die wirklichen Absichten hinwegtäuschen zu können. Bei der Dürftigkeit der Pläne der Regierung aber ist diese Spekulation verfehlt. Man weiß endgültig, daß all die ungeheuerlichen Nachteile der bisherigen Besteuerungsmethoden erhalten, die Befürchtung der Sachwerte geschont, ihre Veranlagung erschwert, die Hintertziehung erleichtert werden wird und daß das Reich auf Verschaffung einer Notreserve zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen der Besagen seines Kredits verzichtet.

Die an Stelle der Erfassung der Sachwerte vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer ist geradezu ein Hohn auf eine wirkliche Besteuerung. Sie enthält jetzt bereits so viele Lücken und Schlupflöcher, daß ihr Ertrag außerordentlich kümmerlich sein und so spät eingehen wird, daß bis dahin durch eine neue Hochwelle der Inflation, durch Geldentwertung und Preissteigerungen, die Wirkungen derselben sein werden, wie bei der bisherigen Besteuerung. Die erste Veranlagung soll nämlich nicht vor 1926, also erst in fünf Jahren, erfolgen! Wann dann die Einziehung erfolgen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen ja nicht zweifelhaft.

Noch schlimmer ist die Nachkriegsgewinnsteuer. Das also ist die berühmte Lex Rathenau, die dem Kriegsgewinnlertum zu Leibe gehen und das Reparationsgewinnlertum verhindern will! Dabei sollen bei dieser Steuer Gewinne nur insofern erfaßt werden, als sie auch tatsächlich verwirklicht sind, also nur bei Verkäufen. Das bedeutet, daß neben der Steuerfreiheit für die nicht veräußerten Industrie- und Handelswerte — genau wie bei der Vermögenszuwachssteuer 1919 — der gesamte fiktive und länderliche Grundbesitz von dieser Steuer überhaupt nicht betroffen wird.

Unter diesen Umständen versteht man es, daß insbesondere die agrarische Presse jetzt nach der Veröffentlichung der Steuerpläne der Regierung völlig still geworden ist. Sie ist befriedigt über den unerwartet großen Erfolg ihres bisherigen lauten Geschreies und geheimen Wühlens. Mit stichtbarer Genugtuung stellt auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fest, daß die Besteuerungen wohl außerordentlich schwer auf dem Vermögen lasten werden, daß ihnen aber jener konfiskatorische Charakter fehlt, der gerade der großen Finanzreform, die in Weimar verabschiedet wurde, anhaftete.

Um so größer aber wird die Gegnerschaft der nichtbesitzenden Schichten gegen die Steuervorlagen der Regierung sein. Der große landwirtschaftliche Besitz, dem durch die Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung Milliarden Gewinne eröffnet werden, Industrie, Handel und Banken, die von der Geldentwertung so großen Nutzen gezogen haben, sie alle müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Die Erfassung der Goldwerte muß das Kernstück der kommenden Finanzreform sein, und nicht, wie jetzt die Vermögenssteuer, schmühdendes Beiwerk zu den ungeheuren Verbrauchsbelastungen oder gar eine Zwangsanleihe, die die Not des Reiches zu einem guten Geschäft für die Kapitalbesitzer machen würde. Das Reich hat mehr Mittel notwendig, und braucht sie schneller, als sie nach den Vorschlägen der Regierung einkommen. Deshalb muß die Vorlage über die Erfassung der Goldwerte auch zeitlich zuerst beraten und verabschiedet werden. Denn von der Gestalt dieser Vorlage und ihrem voraussetzlichen Ertrag muß die Art und das Maß der übrigen Steuern abhängen. Zuerst müssen deshalb die Vertretungen der Arbeiterklasse die Beratung der Steuervorlagen, wie sie von der Regierung jetzt vorgelegt worden sind, so lange ablehnen, bis die Vorlage über die Erfassung der Goldwerte hinzugefügt ist und zuerst beraten werden kann.

Bivat Justitia!

Eine Perle republikanischer Rechtsprechung

Zwischen dem kommunistischen „Verlag der Lichtstrahlen“ und einem Druckereibesitzer war ein Rechtsstreit entstanden, der am 25. April 1921 vor dem Landgericht I zu Berlin (13. Zivilkammer) zum Austrag kam. Inhalt und Ausgang des Streits interessieren die Öffentlichkeit nicht. Dagegen enthält die Begründung des Urteils einige Sätze, die bekannt zu werden verdienen. Gegenstand der Klage waren u. a. zwei Broschüren, die der genannte Verlag veröffentlicht hat, „Der bolschewistische Staat“ und „Der historische Materialismus“. Hierüber sagt die Urteilsbegründung wörtlich:

„Aus den Aufträgen über die Drucklegung der beiden der bolschewistischen Propaganda dienenden Broschüren können beide Teile vertragliche Ansprüche nicht herleiten. Die hierüber geschlossenen Verträge verließen gegen das Staatsinteresse und hiermit gegen die gute Sitte und sind nichtig. ... Es ist mehr als nat. von den Parteien, für Verträge, welche indirekt die Zerstörung des Staates fördern sollen, die Rechtsformmittel eben dieses Staates in Anspruch zu nehmen. Sie müssen im Interesse des bedrohten Staates verlag werden.“

Es bestätigt sich wieder einmal, daß in der Ebert-Republik die Behörden sich Dinge erlauben, die weit über alles hinausgehen, was jemals unter Wilhelms II. glorreicher Regierung vorgekommen ist. Damals wurde viel geraselt mit Redensarten von den „waterlandslosen Gesellen“, die „den Staub von ihren Pantoffeln schütteln“ sollten. Aber das ein Gericht in so ungeheuerlichen Worten das Interesse der jeweiligen Machthaber als „das Staatsinteresse“ hingestellt hätte, ein solcher Fall ist uns von damals nicht einmahl. Wenn man damals einem Sozialdemokraten den Rechtschutz entziehen wollte, so brauchte man dazu ein besonderes Sozialistengesetz. Heute tut dies das erste beste Gericht mit einem Federstrich.

Es kommt aber noch hinzu, daß die Herren Richter in die Broschüren, über die sie ein amtliches Urteil abgeben, offenbar auch nicht einen einzigen Blick getan haben. Denn was sie behaupten, trifft gerade auf diese beiden Broschüren gar nicht zu. Es sind beides rein wissenschaftliche Abhandlungen, zur objektiven Aufklärung bestimmt. Der bolschewistische Staat ist eine Sammlung von Gesetzen der russischen Sowjetrepublik, die allen zu kennen nottut, die mit Rußland zu tun haben, besonders also vielen deutschen Beamten. Sogar das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt Wilhelms II. waren 1918 mit der Herausgabe einer solchen Sammlung einverstanden, die dann nur durch die Verjagung der russischen Botschaft aus Berlin verzerrt wurde. Und „Der historische Materialismus“ ist eine gemeinverständliche Darlegung einer geschichtswissenschaftlichen Theorie. Ein deutsches Gericht aber begnügt sich mit den Titeln, um solchen Schriften den Rechtschutz zu verlagern!

Um jedoch allem die Krone aufzusetzen, tut das Gericht unmitttelbar darauf das Gegenteil dessen, was es soeben verkündet hat. Soeben hat es gesagt, daß Rechtsansprüche auf solche Verträge nicht begründet werden können, und dann fährt es fort:

„Es bleiben jedoch diejenigen Ansprüche bestehen, die sich auf ungerechtfertigte Bereicherung des Beklagten (d. h. der Verlag der Lichtstrahlen) stützen lassen. Er ist jedoch durch die Forderung der Broschüren mindestens um die Kosten des Papiers, des Druckes

und der Heftung bereichert. In ihrer Höhe ist Beklagter in seinem Vermögen gemindert; denn der Preis der Broschüren übersteigt auch noch heute denjenigen ihrer Verstellungs- und Verbreitungskosten erheblich, da, wie die letzten Ereignisse lehren, die Lehren des Bolschewismus auch in Deutschland noch willige Gläubige finden, und seine Propaganda-Broschüren gelaufen werden.“

Bermühtlich wollte sich das Gericht die Möglichkeit nicht entgehen lassen, zu beweisen, daß es auch die „letzten Ereignisse“ noch im Sinne derer, die gerade die Macht in Händen haben, auszuwerten versteht. Der Fall ist von prinzipieller Bedeutung; denn die famose Theorie: „Was der gerade herrschenden Staatspolitik entgegenarbeitet, verstößt gegen die guten Sitten“ kann mit Leichtigkeit nicht nur gegen alle sozialistische, sondern sogar gegen alle irgendwie oppositionelle Betätigung nach Bedarf angewandt werden.

Eigenlob sinkt!

Die von dem Reichspräsidenten Ebert eingefetzten Sondergerichte haben mit geradezu assenartiger Geschwindigkeit ihre Aufgaben erledigt. In wenigen Monaten wurden hunderte und aberhunderte Arbeiter, die an dem Märzputsch irgendwie beteiligt waren, abgeurteilt; es regnete Zuchthaus- und Gefängnisstrafen mit einer Schnelligkeit, daß von einer Massenengewehrjustiz gesprochen werden konnte. Die harten Urteile, die meist ohne jede ernsthafte Prüfung des Tatbestandes, ohne Berücksichtigung der oft idealen Beweggründe, ausgesprochen wurden, haben zu einer scharfen Kritik der Sondergerichte geführt, und der Reichsjustizminister hat sich dieserhalb bewegen gefühlt, eine Nachprüfung sämtlicher Zuchthausurteile anzuordnen. Darob sind nun die Richter in Empörung geraten; sie erblicken in dem Erlaß eine Zensur ihres Handwerks, und da sie sich für unfehlbar halten, haben sie folgenden Beschluß gefaßt:

„Zu dem Erlaß einer solcher Art Anordnung ist der Reichsjustizminister zwar formell berechtigt. Die darin enthaltenen Richtlinien führen jedoch dazu, daß fast sämtliche Zuchthausstrafen nicht vollstreckt werden. Bei dem Umfang der Gnadenbeweise wird durch den Erlaß die gleiche Wirkung erreicht, wie durch eine Amnestie, die aber nur im Wege des Gesetzes erlassen werden könnte. Bei der Bevölkerung wird daher der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht seien. Es stellt der Erlaß einen Eingriff in die Rechtspflege dar, welcher geeignet ist, die Achtung vor dem Gesetz zu untergraben, die Wiederherstellung der Staatsoberkeit zu erschweren und feindliche Elemente zu gewaltsamem Vorgehen zu ermutigen.“

Dieser Beschluß wurde von den Richtern in Halle gefaßt. Gerade die dortigen Sondergerichte haben nun eine wahre Blutarbeit verrichtet. Es ist deshalb recht erklärlich, wenn gerade die halleischen Richter dagegen protestieren, daß ihre Arbeit angezweifelt wird. Die „Achtung vor dem Gesetz“ kann durch eine Revidierung der Urteile natürlich nicht untergraben werden. Die ist schon lange nicht mehr vorhanden. Aber gerade der Umstand, daß sich die halleischen Richter gegen eine Revision der Urteile wenden, zeigt, wie schlecht es mit der Rechtsgrundlage bestellt ist. Die Richter wollen die Rechtschändung vertuschen, deshalb loben sie ihre eigene schlechte Arbeit — und Eigenlob sinkt!

Das Danziger Gewaltregiment

Der Volksrat tritt seine Macht an die Sipo ab

Die Danziger Ereignisse sind ein Beweis für die unethische Rücksichtslosigkeit und Gewalt, mit der das Bürgertum da, wo es die Macht hat, gegen die Arbeiterklasse vorgeht. Das Vorgehen des Danziger Senats steht ohne Beispiel da in der parlamentarischen Geschichte. Der Volksrat wurde auf Anordnung des Senats der Sipo ausgeliefert und die Welt erlebte das Schauspiel, daß ein Polizeileutnant vom Rednerpult aus verkündete: „Im Auftrag des Volkstagspräsidenten habe ich den Sitzungssaal zu räumen und fordere die Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen.“ Natürlich antwortete ihm schallendes Gelächter von der Linken. Hinterher suchten sich der Volkstagspräsident und der Senator des Innern Schimmer gegenseitig die Verantwortung für die polizeiliche Befehle des Volkstages zuzuschreiben.

Schlimmer noch als dies ist die Verhaftung der beiden kommunistischen Abgeordneten Schmidt und Kahn, die von der Sipo aus dem Sitzungssaal herausgeholt wurden. Eine jämmerliche Preisgabe der Immunität. Sofort nach der Verhaftung der beiden Abgeordneten wurde um das Volkstagsgebäude ein Drahtverhau (Spanische Reiter) gezogen und nur Personen mit Ausweisen durften diese Straßen passieren. Die Verhafteten wurden sofort mittels Auto und unter scharfer Bewachung nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo sie in Haft gehalten wurden. Als die beiden angebracht wurden, stimmten die zahlreich sich vor und im Polizeipräsidium untergebrachten Sicherheitswache Hurraufe an und sangen das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Die Staatsanwaltschaft hat bisher den Haftbefehl nicht aufgehoben.

Run höre man erst die Begründung für die Verhaftung der beiden Abgeordneten. Sie sollen wegen Verbrechen gegen den § 105 des Strafgesetzbuches angeklagt werden. Der Paragraph lautet:

„Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerschaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaats auseinanderzulassen, zur Auflösung oder Unterbrechung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildere Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.“

Wer keine fünf gefunden Sinne auch nur einigermaßen bewahrt hat, wird zu dem Logischen Schluß kommen, daß nicht Schmidt und Kahn, sondern der Volkstagspräsident ins Zuchthaus gehört. Und alles das wegen einfacher Obstruktion, einem parlamentarischen Kampfmittel, das in der ganzen parlamentarischen Geschichte selbstverständlicher Brauch war. Wahrhaftig, der neue Freistaat Danzig scheint den Ehrgeiz zu haben, trotz seiner geographischen, finanziellen und staatlichen Unzulänglichkeit der Welt das Schauspiel einer starken Regierung geben zu wollen. Das dürfte den Danziger bürgerlichen Herrschaften, die jetzt den ganzen Skandal decken, auf die Dauer doch recht schwer fallen. In Wirklichkeit sind sie ja nicht einmal Herr im Haus und es könnte ihnen passieren, daß der Völkerverbund, der Schutzherr Danzigs, ihnen ganz energisch auf die Finger klopfte. Aber was Senat und bürgerliche Mehrheit des Volkstages heute gegen die sozialistischen Parteien unternimmt, das kann ihnen selbst morgen passieren. Rechtsverhältnisse wechseln und die Bürgerlichen haben ein gutes Beispiel gegeben. Es ist jetzt Aufgabe der drei Parteien, in Danzig den Kampf mit dem reaktionären Bürgertum durchzuführen und zu beweisen, daß weder die Paragraphen des Strafgesetzbuches noch

die Hundertschaften der Sipo der Arbeiterklasse die Behauptung ihrer Existenz und ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte wehren können.

Judenpogrom in Bayern

II. Memmingen, 8. August.

Am Sonnabend nachmittag sammelte sich eine große Volksmenge vor dem Anwesen des Großhändlers Rosenbaum, der unter dem Verdacht stand, Butter und Käse zurückgehalten zu haben. Die aufgeregte Menge verlangte nach dem Anschuldigten und demonstrierte über sechs Stunden vor dem Hause. Inzwischen war der Haftbefehl erteilt worden. Die in die Tausende zählende Menschenmenge verließ nun, daß der Verhaftete durch die Straßen geführt werden sollte. Die Polizei konnte dem stürmischen Verlangen sich nicht mehr widersetzen und wurde mit dem Verhafteten förmlich durch die Straßen geschoben. Nachdem der Verhaftete im Gefängnis untergebracht war, versuchte die Menge, noch in weitere Wohnungen von Israeliten einzudringen. Während der ganzen Nacht durchzogen große Menschenmassen die Straßen, und auch am Sonntag war die Ruhe noch nicht wieder hergestellt. Wie einwandfrei festgestellt wurde, soll der Ausbruch von jüdenfeindlicher Seite hervorgerufen worden sein, deren Führer sich im Hintergrunde halten.

Die schamlose antisemitische Hetze, die gerade in Bayern getrieben wird und die Billigung der Reichsregierung findet, hat also ihre ersten Früchte getragen. Der Bericht über die Vorkänge ist sehr zurückhaltend, die tatsächlichen Vorkommnisse scheinen also noch weit schlimmer gewesen zu sein als gemeldet wird.

Vorbildliche Arbeit

Die Telegraphen-Union meldet aus Braunschweig: Nach einer Meldung der hiesigen „Deutschen Nachrichten“ ließ das bekanntlich rein sozialistische Staatsministerium am Sonntagabend durch den sozialistischen Polizeipräsidenten feststellen, welche Schupo-Mitglieder des „Stahlhelms“, des Bundes der Frontsoldaten, sind. Am Montag früh verfügte das Ministerium die sofortige Entlassung sämtlicher Schupo-Mitglieder, welche dem „Stahlhelm“ angehören. Die Leitung des „Stahlhelms“ hat sofort die notwendigen Schritte getan, um bei dem zuständigen Reichsministerium den entlassenen 40 Beamten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die Vorbildliche Arbeit der rein sozialistischen braunschweigischen Regierung findet bei der Reichsregierung hoffentlich Dank und Anerkennung. Der „Stahlhelm“ und der „Bund der Frontsoldaten“ sind zwei lappistische Organisationen, die der Orgeß angeschlossenen sind und gemeinsam mit dieser den Sturz der Republik und die Wiederaufrichtung der Monarchie anstreben. Die Beamten der Sicherheitspolizei, die sich derartigen Organisationen anschließen, sind für ihren Dienst nicht geeignet, und es ist die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht, wenn eine republikanische Regierung derartige Elemente aus der Schutzpolizei entläßt.

Ausperrung in Braunschweig

II. Braunschweig, 8. August.

In den größeren Betrieben der Braunschweiger Metallindustrie sind am Montag die Arbeiter ausgeperrt worden. Die Differenzen haben in Lohnforderungen ihren Ursprung. Zum Schutze einiger Firmen, bei denen die Arbeiter in den Streik getreten waren, erklärten sich die übrigen Metallindustriellen solidarisch und sperren nach vorheriger Ankündigung die Arbeiter aus. Von den Ausperrungen nicht betroffen sind die Arbeiter der Mühlenbauanstalt Duthier, mit denen unlängst ein besonderer Lohnvertrag vereinbart wurde, und die kleinen handwerksmäßigen Betriebe der Metallindustrie, die auch bisher noch nicht an der gemeinsamen Lohnregelung beteiligt waren. Von der Ausperrung sind 20 000 Arbeiter betroffen.

Horthy will Blut trinken

Hamburg, 8. August.

Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Grafen Tisza, des Hauptmanns Czernak, wird gemeldet, daß Ungarn keine Auslieferung unter der Anschuldigung gemeinen Mordes verlangt. Der Senat Hamburgs wird in einer besonderen Sitzung darüber entscheiden, ob der Verhaftete ausgeliefert werden soll oder nicht.

Die Ermordung des Grafen Tisza entsprang ohne Zweifel politischen Motiven. Es ist deshalb eine selbstverständliche Pflicht des Hamburger Senats, den Auslieferungsantrag der ungarischen Regierung abzulehnen. Ein gemeines Vergehen liegt nicht vor. Das wird nur von der ungarischen Regierung vorgeschoben, weil diese gerne Arbeit für ihre Hentler haben möchte.

Gefangenerevolte in Sielow

Eine Anzahl Flüchtlinge verhaft

In dem bei Cottbus gelegenen Internierungslager Sielow befinden sich zurzeit etwa 230 polnische Deserteure, die bei dem Eindringen der Bolschewisten in den polnischen Korridor aus der polnischen Armee über die deutsche Grenze geflüchtet und hier interniert worden waren. In den letzten Wochen kam es öfters zu Zusammenstößen mit den Wachmannschaften. Am Sonntagabend versammelten sich die Internierten in der Gegend des Haupttors und forderten, freigelassen zu werden. Es kam dann gegen 9 Uhr abends zu einer Revolte, die damit endete, daß etwa 30 Mann das Tor zertrümmerten. Nun gaben die Wachmannschaften Feuer, und etwa fünf der Internierten stürzten getroffen zu Boden. Ungefähr 20 Mann gelang es, das 100 Meter entfernt liegende Wäldchen zu erreichen, wobei noch weitere 4 bis 5 Verletzte mitgeschleppt wurden. Durch das Dunkel der Nacht gelang es den Ausbrechern, zu entkommen. Die sofort von Schutzpolizei, Gendarmerie und Reichswehr vorgenommene Verfolgung ist bis zum Montagabend ergebnislos verlaufen. Man nimmt an, daß die Ausbrecher nach Schlesien geflüchtet sind, um von hier aus Obereschlesien zu erreichen. Die Verletzten befinden sich im Lazarett des Internierungslagers und dürften sämtlich mit dem Leben davonkommen.

Haftentlassung der Kommunistin Schaumann. Die Kommunistin Maai Schaumann, die unlängst zwecks Beilehnung ihres Strafverfahrens zweimal in den Hungerstreik getreten war, wurde am Montag aus der Untersuchungsanstalt entlassen.

Aufhebung der Maßkontingente. Da eine behördliche Befreiung der getreideverarbeitenden Industrie mit Getreide im kommenden Wirtschaftsjahr nicht mehr stattfindet, ist die Verordnung über die Maßkontingente der Bierbrauereien und den Malzhandel mit Wirkung vom 16. August 1921 außer Kraft gesetzt worden.

Massenprotest gegen Teuerung und Steuerlasten

Eine Kundgebung der Gewerkschaften

Vom Bezirksrat der Straßburger U. D. G. B. und der Ufa wurde folgende Resolution beschlossen und in einer Straßburger Massenversammlung angenommen:

Entscheidung:

Die öffentliche Gewerkschaftsversammlung des Ortsrats Straßburg protestiert aufs schärfste gegen die erneut auf allen Gebieten einsetzende Teuerung, besonders aber gegen die neue ungeheure Erhöhung des Brotpreises. Sie protestiert ferner gegen jede neue steuerliche Belastung der breiten Masse des Volkes durch indirekte Steuern.

Sie verlangt von allen Parlamentarierparteiern der Arbeiterpartei auf entschiedenste, daß sie sich unter allen Umständen gegen jede indirekte Steuer mit aller Schärfe wenden.

Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als schon der U. D. G. B. in einer Denkschrift an die Wähler der Entente vom Februar dieses Jahres feststellte, daß die Löhne der Arbeiter ungefähr um das 8fache, die Kosten der notwendigen Lebenshaltung aber um das 15fache gestiegen seien. D. h. daß die Löhne doppelt so hoch sein müßten, wie sie sind, wenn sie nur die bescheidene Lebenshaltung vor dem Kriege ermöglichen sollten. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse noch bedeutend verschlechtert.

Von der gegenwärtigen Regierung erwartet die Arbeiterschaft nichts. Ihre Listen beweisen, daß sie sich nur als Vertreterin der besitzenden Klasse fühlt und gegen die Arbeiter nur reaktionäre Gewaltmaßnahmen zur Verfügung hat.

Die Arbeiterschaft lehnt ferner auf entschiedenste den Gedanken ab, der auf der Hamburger Gewerkschaftskonferenz vom 10. Juli von ersten Führern der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen wurde, daß die Arbeiterschaft die Folgen des kapitalistischen Krieges zu tragen und die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages auf sich zu nehmen habe.

Auch der Gedanke der Einführung eines Zwangsarbeitsdienstjahres und einer 9. und 10. Arbeitsstunde, der dort ernsthaft diskutiert wurde, bedeutet eine Provokation der Arbeiterschaft. Es ist bedauerlich, daß solche Gedanken von Arbeiterführern überhaupt besprochen werden in einer Zeit, wo Millionen arbeitslos sind.

Die Lasten des Krieges fallen auf jene Kreise zurück, die es immer verstanden haben, in der bittersten Not des deutschen Volkes Geldgewinne zu erzielen und die deutsche Wirtschaft zugrunde zu richten.

Die Versammelten fordern den Vorstand des U. D. G. B. auf, unverzüglich umfassende, sich über das ganze Reich erstreckende Kampfmaßnahmen vorzubereiten, um der ungeheuren Teuerung ernsthaft entgegenzutreten.

Es wird gefordert:

1. Sofortige Erfüllung der 10 Punkte des U. D. G. B. mit allen den Gewerkschaften zu Gebote stehenden Mitteln.
2. Einleitung einer einheitlichen Lohnbewegung über das ganze Reich mit der Forderung einer mindestens 5prozentigen Lohnerhöhung.

Sollte der U. D. G. B. es ablehnen, wirklich ernsthafte Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen, so sieht sich die Arbeiterschaft gezwungen, selbst die nötigen Maßnahmen zur Einleitung eines einheitlichen Kampfes zu treffen, um die Arbeiter vor der völligen Verelendung zu schützen.

Die örtlichen Gewerkschaften aller Verbände des ganzen Reiches werden aufgefordert, gemeinsam mit uns den entscheidenden Kampf gegen die neue Teuerung aufzunehmen und die Gewerkschaftsleitungen zur Einleitung eines einheitlichen Kampfes auf der ganzen Linie zu zwingen.

Einheitsfront der Elbinger Arbeiter

In Elbing haben die Vertreter der Rechtssozialisten, der Unabhängigen, der Vereinigten Kommunisten, der freien Gewerkschaften und der Ufa-Verbände eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Die Diskussion der theoretischen Streitfragen soll zurückgestellt und ihr Austrag späterer Zeit überlassen werden. Die Arbeitsgemeinschaft, in deren engeren Anschluß jede Körperschaft mit zwei Mitgliedern vertreten ist, will die Arbeiterschaft sammeln zum Kampf gegen den in Ostpreußen noch immer bestehenden Belagerungszustand, gegen den Hunger und gegen die Steuerbefreiung der Arbeiter. Weiter soll eine wirksame Erwerbslosenfürsorge angestrebt werden. Die Hilfsaktion für Rußland wird von der Arbeitsgemeinschaft in einheitlicher Weise in die Hand genommen. Die Elbinger Arbeitsgemeinschaft ist zum entscheidenden Kampf gegen die Agrarier und Großkapitalisten entschlossen und will dafür eintreten, daß im Bezirk Ostpreußen wie im Reich sämtliche Arbeiterorganisationen ihrem Ziel folgen.

Die niedrigen Löhne in Deutschland

Nach der „Industrie- und Handelszeitung“ hat ein Komitee des Parlaments der Vereinigten Staaten Nordamerikas eine Zusammenstellung über die in der Textilindustrie gezahlten Löhne herausgegeben, geordnet nach den verschiedenen Industriezweigen und Hauptproduktionsländern.

	Löhne in Dollars.		
	Baumwollweberzien	Wollspinnereien	Wollweberzien
Nordamerika	20,80	39,33	38,98
England	12,89	15,58	17,70
Belgien	12,29	9,54	9,33
Frankreich	9,12	12,9	—
Italien	5,14	—	—
Japan	4,56	—	6,0
Deutschland	4,35	4,74	4,35

Der deutsche Industriearbeiter steht noch unter dem japanischen Arbeiter. Er wird am meisten ausgebeutet. Daß die deutschen Lohndarbeiter noch schlechter bezahlt werden, ist allgemein bekannt.

Berliner Bezirkstag der SPD.

In der am Sonntag stattgefundenen Berliner Bezirksversammlung der S. P. D. wurde nach einem Referat Franz Krügers hauptsächlich über den neuen Programmtext der S. P. D. diskutiert. Sowohl der Referent wie sämtliche Diskussionsredner waren sich in der Ablehnung des Programmtextes einig. Ob eine entsprechende Resolution angenommen wurde, geht aus dem „Vorwärts“-Bericht nicht deutlich hervor. Charakteristisch war ferner, daß sich eine Anzahl Redner unter starkem Beifall der Versammlung gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei wandten, und daß Kieftahl unter lebhaftem Beifall der Anwesenden einen energischen Kampf gegen die Reaktion in den militärischen Verbänden und in der Verwaltung forderte. Zum Schluß wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reiches oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die 1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind, 2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes

Die russische Hungersnot

Der Hunger beginnt

In der Stadt Saratow wurde am 1. Juli die Ausgabe jeglicher Lebensmittelrationen eingestellt, weil keine Lebensmittel mehr vorhanden sind.

Die Lage im Gouvernement Samara

Ueber die Lage im Gouvernement Samara wird berichtet: Die Bevölkerung dieses Gebietes nährt sich vorwiegend von Surrogaten und leidet an Elend. Auch wüthet hier die Cholera; in Samara allein kommen täglich 400 Cholerafälle vor. Besonders schwer ist die Lage der Kinder: die Zahl der aus öffentlichen Mitteln zu versorgenden Kinder, welche im Mai noch 20 000 betrug, ist auf 60 000 angewachsen. Täglich kommen 60 bis 70 Kinder, die von ihren Eltern verlassen werden, hinzu. Die Nahrung dieser Kinder, welche aus Haferbrot und Hafergrütze besteht, ist ungenügend. Zur Versorgung der Kinder sind 30 000 Pud Brot erforderlich. Auch müßte ein Teil dieser Kinder in besser gestellte Gebiete transportiert werden.

Die Lage in den deutschen Wolgafolken

Ueber die Lage in den deutschen Wolgafolken liegt folgender offizieller Bericht vor: Die Kolonien erleben bereits das zweite Mitterteufeljahr. Schon 1920/21 hatte dieses Gebiet ein Defizit von 4 Millionen Pud. Das neue Erntejahr hat die Lage nicht gebessert, da 70 Prozent aller Saatenfelder vollständig vernichtet sind, während 30 Prozent des Ackerlandes einen Ertrag von nur 5 Pud pro Dekhatine ergeben. Die Bevölkerung nährt sich von Surrogaten und ähnlichem. Das Volkskommissariat für Ernährung hat bis jetzt für das ganze Gebiet 27 000 Pud Brot und 15 000 Pud Fische geliefert. Am wichtigsten ist die Sicherstellung der Winteraaten für 200 000 Dekhatinen Ackerland. Dazu sind 1 000 000 Pud Winteraaten erforderlich. Aus eigenen Mitteln kann das Land nur 20 000 Dekhatinen heizen. Zur Versorgung von 300 000 Hungern sind monatlich erforderlich: 51 000 Pud Brot, 14 000 Pud Getreide, 7500 Pud Fett, 225 000 Pud Gemüße. Die Organisation von öffentlichen Speisungen erfordert 1 1/2 Millionen Rubel.

Die allgemeine Notlage

Am 26. Juli fand in Moskau die erste Sitzung des Hilfskomitees des Gouvernements Moskau für die Hungernoten statt, an der auch Vertreter der Gewerkschaften, Genossenschaften und anderer Organisationen teilnahmen.

Kamenew vervollständigte in einem Bericht das Bild der Hungernotkatastrophe. Nach seinen Angaben umfaßt das Hungergebiet zehn Gouvernements und eine Anzahl Kreise benachbarter Gouvernements.

Zur Versorgung der Landbevölkerung sind 41 000 000 Pud Brot zur Versorgung der Stadtbewölkerung . . . 18 000 000 „ „

insgesamt 59 000 000 Pud Brot

erforderlich, also fast ebensoviel, als das fruchtbarste Land sonst für den Bedarf des ganzen Reiches liefert (60 000 000 Pud). Der allgemeine Verlust an Getreide für ganz Rußland beläuft sich auf nahezu 120 000 000 Pud Getreide. Bis zum 1. September

in Reich, Staat und Gemeinde, 3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Postorganisations, 4. für eine pazifistische Außenpolitik, 5. für die lokale Erfüllung des Friedensbittens und für die Aufbringung der Lasten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes eintreten.“

Zweierlei Maß

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben:

Die kommunistischen Gewerkschaftersplitterer in Westeuropa schwindeln den Arbeitern vor, daß die Gewerkschaftsführer die kapitalistische Produktion auf Kosten der Arbeiterschaft wieder in Gang bringen wollen. Durch diese heuchlerische Formulierung wollen sie den Anschein erwecken, als wenn sie selbst mühselos den Aufbau der Weltwirtschaft in rein kommunistischer Form durchgeführt und gleichzeitig alle sozialen Notstände einschließlich der Arbeitslosigkeit, aus der Welt schaffen könnten. Zu diesem Zweck stellen sie es so dar, als sei der Kapitalismus am Ende seiner Kraft und auf der ganzen Linie leicht zu erschöpfen durch irdelbewußte, volkswirtschaftlich und betriebstechnisch geschulte Gewerkschaftler und Kommunisten. Der westeuropäische Arbeiter ist es bisher exzessiv geblieben, die kommunistischen Waulwörter als Weisheit bei der Arbeit zu sehen; sie haben es aus begreiflichen Gründen vorgezogen, sich auf die „praktische“ Tätigkeit zu beschränken, die jeder Wortgewandte und gewissenlose Stümper und Charlatan ausüben kann: die Aufhebung der Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften, und im Bunde mit den Reaktionsären aller Sorte: die Schwächung und Herabsetzung aller sozialen, politischen und rechtlichen Errungenschaften der letzten Jahre.

Von einem Zerfall der Macht des Kapitalismus sprechen die Moskauer selbst nur, wenn sie auf ihren Kongressen unter sich sind oder in ihren Zeitungen vor den Arbeitern das große Wort führen. Krassins Verhandlungen und die Wirtschaftsverträge, die sie nach und nach mit den Regierungen als Vertreter des ausländischen Kapitals schließen, beweisen, wie wenig sie sich selbst aus der weltwirtschaftlichen Umklammerung des Kapitalismus zu befreien vermögen. Nur wenn er ihr Bundesgenosse ist, glauben sie an ihre eigene Zukunft. Der Kapitalismus ist in großen, maßgebenden Ländern von keiner Revolution erschüttert. In den anderen ist er dank den kommunistischen Bahnbrechern der Reaktion, die die Einheit des politischen Sozialismus zerstört haben, von Monat zu Monat zu neuer Kraft gelangt. Bisherig war er nie mächtiger als jetzt; jedenfalls war er nie gefährlicher. Die kommunistischen Hege, die das Proletariat glauben machen wollen, er sei mit ein paar politischen Aktionen zu verdrängen, begehen Verrat an den Arbeitern und ihren Bundesgenossen.

Wie Lenin selbst über die Tätigkeit, ausgerechnet der Kommunisten, die Produktion wirtschaftlich und sozial betriebligend aufzubauen, denkt, geht aus einer Ansprache hervor, die er vor dem ehemaligen Fabrikanten der Textilindustrie gehalten hat. Er bittet: „In dieser schweren Zeit alle, ohne Unterschied der Überzeugung, zu helfen und die vaterländische Industrie wieder herzustellen, die durch den Bürgerkrieg und die Maßnahmen unverantwortlicher Personen, die bedauerlicherweise zur kommunistischen Partei gehören, zerstört worden ist. Es ist vollkommen richtig, daß es unter uns Studententheoretiker gab, die von der Wirklichkeit weit entfernt, gewohnt waren, mit einem Schlag den gordischen Knoten zu zerhacken. Keine Idealisten der politischen Überzeugung verstehen es oft nicht, den richtigen Moment zu erfassen — und damit haben sie unsere Industrie so fundamental zerstört. Jetzt haben sie sich von den Fesseln ihrer Taktik befreit und sind zur Seite getreten.“

Lenin und der kleine Kreis um ihn sind im Gegensatz zu ihren westeuropäischen Kollegen die einzigen Kommunisten, die prakti-

sch Arbeit geleistet haben. Aber sie mühten den Weg vom Dogma zur Wirklichkeit gehen, um das zu können. Wenn Lenin mit solcher Geringschätzung von den Kommunisten als Organisatoren für den Wiederaufbau der Wirtschaft redet, hat die Amsterdamer Internationale keinen Grund, ihm zu widersprechen. Die Gewerkschaftsführer aber werden sich nach dieser Auffassung durch kommunistische Verleumdungen um so weniger hindern lassen, für den wirtschaftlichen Aufbau im Interesse der Arbeiter zu sorgen, als auch Lenin in allen Ansprüchen der letzten Zeit zugegeben hat, daß der Kapitalismus nicht von heute auf morgen aus dem ökonomischen Leben ausgeschaltet werden kann. Was Lenin recht ist, ist den Gewerkschaften billig. Es ist eine nichtswürdige Verdrehung der Kommunisten, zu behaupten, daß die Gewerkschaften den Kapitalismus anerkennen oder sich ihm verschreiben, weil sie, wie Lenin, damit rechnen, daß der Kapitalismus nicht durch Dilettanten gestürzt, sondern nur durch überlegene Praktiker überwunden werden kann.

Ein unfaulerer Fall

Der Gumpf der politischen Polizei

Die berüchtigte Abteilung Ia beim Polizeipräsidentium (politische Polizei) kann ihrem überbustenden Ruhmesfranz ein neues Reis einschleichen. Dieser neueste Fall, den wir im folgenden schildern, deckt auch die innigen Verbindungen zwischen den reaktionären deutschösterreichischen Kreisen und dieser Spitzabteilung des Polizeipräsidentiums auf. Es handelt sich um folgende Sache:

Am 14. Juli brachte das Wallese „Deutsche Abendblatt“ eine angeblich genaue Aufstellung über das zukünftige „Rote Aktionsprogramm Berlin“. Der Spitzbericht besagte, daß unter anderem auch der bekannte Gefangenspädagog Professor K o l e b e r g z u g u t o zum Roten Armeemärtyrer anerkannt sei. Zwei Tage darauf, am 16. Juli, brachte dasselbe Blatt einen Artikel, der K o l e b e r g speziell gewidmet war und eine ekelhafte Hege gegen denselben enthielt. Am Sonnabend, den 23. Juli, wurde K o l e b e r g zur Vernehmung vor die Abteilung Ia geladen und nicht mehr freigelassen. Am Montag darauf überreichte ihm die Abteilung Ia des Polizeipräsidentiums einen Zettel des Inhalts, daß er als tätiger Ausländer von Landpolizei wegen aus Freuen ausgewiesen werde. Die Durchführung der Ausweisung geschähe durch Zwangsabschiebung. Bis zur Ausführung der Anordnung werde er einem Internierungslager überliefert. K o l e b e r g wurde dann in das Internierungslager Stargard gebracht, wo er sich zur Zeit noch befindet.

In einer Zuschrift an uns betonte K o l e b e r g, daß er seit 14 Jahren in Berlin anständig sei. Das letzte halbe Jahr sei er von keiner Reformtätigkeit auf dem Gebiete des Gefangs vollkommen in Anspruch genommen worden und habe nur seiner theoretischen und praktischen Arbeit in dieser Richtung gelebt. Er bestand also nicht die geringste Veranlassung, diesen Mann auszuweisen und ihn bis zu seiner Ausweisung zu internieren, keine Veranlassung, als eben die Denunziation des Walle-Blattes. Und das scheint für die Abteilung Ia Veranlassung genug zu sein. Wir verlangen schleunigste Aufklärung dieses unfauleren Falles.

Brandkatastrophe in Herrenhut. Von einer großen Brandkatastrophe wurde der Ort Herrenhut betroffen. Neben anderen Häusern wurde auch das Witwenhaus ein Raub der Flammen. Das Schmelzhaus konnte gerettet werden. Den aus Jitkau, Witten und anderen Orten herbeigekommenen Feuerwehren gelang es gegen Abend, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Raubanfall im Eisenbahnzuge. In einem Personenzug Frankfurt-Mainz wurde ein junges Mädchen, das zur Zahlung eines größeren Betrages nach Mainz fuhr, während der Fahrt hinter Mainz-Süd von drei jungen Burken überfallen. Den Tätern, die aus dem langsam fahrenden Zug sprangen, liefen 2000 Mark in die Hände. Zwei wurden verhaftet, der dritte entkam.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

128

Im 1. Stock Ausstellung:

Modische Gebrauchsgegenstände
für die Dame

Leipziger Strasse - Alexanderplatz

Enorm billige Angebote

Sowell Vorred

Kleider-Rock 49⁰⁰
Sportform, guter Stoff.....

Gummi-Schwämme 12⁷⁵
gute haltbare Qualität.....Stück

Korsett Drell 29⁵⁰
mit Langette, 1 Paar Halter.....

Halsketten modern, 150 cm lang 14⁵⁰
Eißenbein imit., runde und ovale Perlen

Fr.Rinderkamm u. Brust 7⁵⁰
Pfund

Hammelfleisch ohne Knochen 6⁰⁰
gefroren Pfund

Damen-Halbschuhe Einzel-paare 135⁰⁰

Damen-Hemd 23⁵⁰
gutes Renforcé.....

Damen-Beinkleid 23⁵⁰
mit Stickerel.....

Taschentücher 4⁷⁵
für Herren, Linon, mit bunter Karle, Stück

Hemdenstoffe 8⁵⁰
ca. 80 cm breit, geraut, einfarbig. Meter

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
Sommerdirektion
8 U. Die Liebeleie
Oper von Franz Humann

Deutsches Theater
7 1/2 U. Polisch u. Perlmutter
Kammerspiele

Großes Schauspielhaus
8 U. Die Weber
(2. Abteilung, 6. Abend)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr
DAS MILLIARDEN SOUPER

Komödienhaus:
Abendlich 7.30 Uhr
Der blonde Engel

7 1/2 U. Residenz-Theater
Albert Waffermann in
Traumulus

Erionon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Lady Windermeres Fächer

Kleines Theater
8 Uhr: Hansi Kerschke in
Der Dieb (Le voleur)

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Mein Leopold

Theater am Rollendorplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Leffing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, 688)

Deutlich. Künstl.-Theater
7 1/2 U. Der Herr Verteidiger
(Herr, Gehülz, Kaiser-Tal)

Komische Oper
Schauspiel: Alfred Rüchner
7 1/2 U. Der Adelige Bauer

Casino-Theater
Eröffnung: Freitag, 12. August
mit der neuen Folge
Excellenz Waxo

7 1/2 U. Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Internat. Musik-Programm
1- Opium-Träume
2- Eine Gattensgeschichte mit
34 Nummern
Sowie 10 Emulationen

Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
Neues Musik-Programm!
Donnerst. 11-12, und 4-6 Uhr.

Berliner Brater
Kasseler-Platz 70
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
Varieté

4 Black Diamonds
Ratoffs Chor
Carmellini
und 8 weitere Schlager

4 Black Diamonds
Ratoffs Chor
Carmellini
und 8 weitere Schlager

4 Black Diamonds
Ratoffs Chor
Carmellini
und 8 weitere Schlager

4 Black Diamonds
Ratoffs Chor
Carmellini
und 8 weitere Schlager

4 Black Diamonds
Ratoffs Chor
Carmellini
und 8 weitere Schlager

Wissen ist Macht

Wer sich über alle Fragen sachgemäß informieren will,
Der kommt nicht mit der Tageszeitung aus und
auch diese steht den meisten nicht immer zur Verfügung.
man muß **Bücher, Broschüren und Zeitschriften**
zu Hilfe nehmen.

Diese kauft man in Berlin am besten
in der
Buchhandlung „Freiheit“
BERLIN, Breite Straße 8-9
Geöffnet bis 6 Uhr abends

Kapitän Rautabal

einmal geprobt - immer geliebt.
Reinher Geschmack; sehr leicht. Zu
saufen in den Zigarrenschäften u. in
den Verkaufsstellen nicht ein
Generalvertrieb G. M. H. Westens, Berlin,
Eldfthenberger Str. 22 (Ruh. 1861)

Per sofort gesucht:

Verkäufer
für
Seidenstoffe
Kleiderstoffe
Baumwollwaren

Meldungen: 11-12 Uhr vorm.

Kaufhaus Westens
G. m. b. H.

Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Per sofort gesucht:

Verkäuferinnen
für
Herrenartikel
Korsette
Damenkonfektion
Weißwaren

Meldungen: 11-12 Uhr vorm.

Kaufhaus Westens
G. m. b. H.

Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Sahnen-Schokolade

Felbitter,
Vollmilch, Mokka,
Trüffel, Marzipan,
Creme zu billigen
Preisen

SCHNE DER KUPFER
Messing, Zinn, Quecksilber
Platin, Gold, Silber
Händlern Extrapreise!

Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Altmetall
kauft Kottbuser Damm 66
Für links

Altmetalle
siehe hohe Preise. Oberberger
Str. 1, Reinholdsdorfer Str. 107
1. Hof, Keller.

Wanderkarten
für alle Gegenden
erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin 6, Breite Straße 8-9

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Von der Stelle zurück
Elsa Placzek - Starke,
Dentistin
Turmstr. 52 Moabit 9226

**Putz-
arbeiterinnen**
sofort gesucht

Meldungen:
12-2 Uhr mittags
ab 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1-2

Altmetalle
siehe hohe Preise. Oberberger
Str. 1, Reinholdsdorfer Str. 107
1. Hof, Keller.

Wanderkarten
für alle Gegenden
erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin 6, Breite Straße 8-9

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nach-
richt. Der folgende Mit-
glied ist gestorben. In
der Schiller

Bernhard Marpert
Leibnizstr. 7 I, am 4. d. M.

Die Beerdigung findet
am Dienstag, 5. d. August,
nachmittags 1 Uhr, im
Reinholdsdorfer Friedhof,
statt.

Der Schlichter
Max Kurlowsky
Kaiserstr. 1, am 4. d. M.

Die Beerdigung findet
am Mittwoch, den 10.
August, nachmittags 3 Uhr,
an der Friedhofhalle des
Reinholdsdorfer Friedhofes in Rein-
holdsdorf statt.

Uhr ihrem Andenken!
Hage Beteiligung er-
wartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Uml Nord 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 11. August 1921, abends 7 Uhr
im Erwerbsbüreau, Engelstr. 15 (Erdst. 4)

Branchen-Versammlung
der Hilfsarbeiter

Tagesordnung:
1. Welche Forderungen müssen wir zur Zeit für die Hilfsarbeiter?
2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung
der Dreher.

Donnerstag, den 11. August 1921, abends 7 Uhr
in den Sophien-Kästen, Sophienstraße 17/18

Branchen-Versammlung
aller Maschinenschlosser der Metall-
industrie.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum neuen Lohnkommen.
Mitgliedsbuch legitimiert

Am Donnerstag, den 11. August 1921, abends 7 Uhr,
bei Hummel, Sophienstraße 5

Branchen-Versammlung
der Bauanschläger.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung.
2. Verbands- und Branchenanliegenheiten.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Sekretär(in)
sucht zum sofortigen Eintritt Ortsausfüh-
rer Solingen des A. D. V. Bedingungen: Erste
Kraft, 10 Jahre organisiert. Gehaltsanprüche
angeben. Bewerbung bis 20. August an
August Wieden, Solingen, Kölner Str. 45.

Spezial-Behandlung
für alle
Geschlechtskrankheiten
bei Mäner u. Frauen schnell, schmerzlos, u. ohne Herabsetzung
Hollnaststr. **C. Weissert,** Brunnenstraße 191
Nähe Reinholdsdorfer Platz
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Sprechst. 10-12 u. 4-7, Sonntags 10-12. Unversuchung kostenlos.

Kieler Herbstwoche

für
Kunst und Wissenschaft
vom 9. bis zum 18. September 1921

Opern- und Schauspiel-Festaufführungen
mit berühmten Gästen; Niederbassische Schauspiele.

Große Festkonzerte
mit weltlicher und kirchlicher Musik;
Männerchöre: Solos- und Vokalwerke.

Wissenschaftliche Vorträge
angelegentlich Gelehrter.

Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellungen
Volkstümliche, gefellige und sportliche
Veranstaltungen
mannigfacher Art.

Fortliche Messe vom 15. bis zum 18. September. / Schou-
tenier-Meistertag. / Kongresse. / Vorträge. / Besichtigungen.
Landschaftsreise auf verschiedenen Plätzen der Stadt.
Teilnahme an Wettbewerben in die Offiz. auch
der höchsten Schicht usw.

Das ausführliche Programm ist nach Ausweis von der
Geschäftsstelle der Herbstwoche, Pöhlens, Zimmer 210, zu
bestehen. In Ziel von den ersten Buchhandlungen. Ver-
stellungen auf Karten für die Veranstaltungen in Stadt-
Theater und Schauspielhaus nimmt die Intendant der Tier-
garten Schillertheater, für alle übrigen Veranstaltungen
die Buchhandlung Westens entgegen. Alle anderen Zuführungen
finden an die Geschäftsstelle zu richten. Unterhaukt und
Verpflichtung sind gefälligst. Auskunft bierüber
erteilt gleichfalls die Geschäftsstelle.

Groß-Berlin

180 000 Mark verjubelt

Vor einigen Tagen meldeten Berliner Blätter, daß ein sich zur Zeit hier aufhaltender Däne zur Polizei gekommen sei und angezeigt habe, Taschendiebstahl hätten ihm die ganze Barschaft in Höhe von 180 000 — in Worten: einhundertachtzigtausend! — Mark gestohlen. Die Polizei habe Ermittlungen angestellt, und es sei festgestellt worden, daß der Däne diese 180 000 — in Worten: einhundertachtzigtausend — Mark in einem Bedelokal unserer mit derartigen Samstagsstätten reich gesegneten Metropole bezüchelt hat.

Die bürgerlichen Blätter berichten über die Tatsache, daß hier trotz alledem eine Räuberei vorliegt, kein Wort. Sie glauben, die Nachricht mit Spitzmäuten wie: „Eine leere Nacht“ oder „Eine gedörrte Feder“ abtun zu können. Zwischen den Zeilen ihrer Kotzen klingt heimlich eine geheime Freude heraus, daß ein Ausländer mit prallgefüllter Brieftasche gehörig eingekesselt worden ist, und damit erscheint für sie die Sache erledigt.

Es mag es vielleicht in manderlei Beziehung sein, unter Umständen gar auch für den Dänen, der sich — der Verdacht liegt nahe — möglicherweise durch die Anzeige bei der Polizei nur einen Ausweis darüber verschaffen wollte, daß er den Rammon eben nicht verossen hat. Damit das in Kopenhagen wartende Ehegespons beruhigt sei... Na, und die Zeitungsnovellen über sein Berliner Erlebnis wird er sicherlich nicht mit nach Hause nehmen.

Indessen: Was sagt das Proletariat zu diesem Vorkommnis? Steht es hier nicht mitten hinein in den Kampf der Bourgeoisie, in eine Welt, die tagtäglich das hungrige und darrende Volk frech herausfordert?

180 000 Mark — in Worten: einhundertachtzigtausend — Mark verkauft und verjubelt ein Mensch in einer Nacht in einem Berliner Bedelokal und keinem der noch anwesenden Gäste, des Personals, der Geschäftsführung fällt es ein, dem Trunkenen in die Arme zu fallen. Im Gegenteil: der Herr Direktor reißt sich schmerzhaft die Hände und zecht mit, die Kellner schleppen heran, vergessen ihre Menschenwürde und schubdeln vor dem trunkenen Manne da zwischen Dirnen und Halbdirnen, der mit Kronen-Weinen umhergeschwehrt, und die Musik prostituiert sich im Taumel um das goldene Kalb.

Um das alles zu verstehen, muß man sich einen Begriff verschaffen von dem Leben und Treiben an diesen Stellen, wo laute Prözingler und Berlin-W. miteinander wetteifern, recht viel Geld ausgegeben und des Lebens ungenüßliche Freude bei Sekt und guten Freizeiten, halbnackten Weibern — oder auch ganz nackten — nach Herzenslust zu genießen. Hier finden sich auf jede Kränkelten Monarchisten und alles, was Geld hat, in trauer Gemeinschaft zusammen mit Hochapleten und Abenteurern, und die arbeitslosen Töchter der Vermissten aller Armen dienen dazu, diesen Degenerierten und Ueberfälligen in Tand und Hülfe neue Kernentzikel zu bereiten.

Während das Volk sich abschmeißt für Hungerlöhne und sich die bescheidensten Genüsse erheischen lassen muß, weil es zum Notwendigsten nicht reicht, verprassen die Kugelnier des großen Glanzes in Kiefernholz ihre Gewinne. Hunderttausende fliehen schamlos durch diese Kloaken des Großstadtlebens und Hunderttausende werden verjubelt, als wären sie ein Nichts.

Jeden Morgen hebt man jetzt Kollektionskinder per Straßenbahn ins Freie hinausfahren. Kleine Kerlchen und Mädels mit dünnen Halsen und dünnen Armen. Sie haben Ferien, und doch keine, denn sie lernen nie das kennen, was die Kinder aus Berlin W für selbstbeständlich halten. Sie kommen nicht an die See oder ins Gebirge, und wären nicht wirtschaftliche, gute Schulmeister als ihre Hüter bestellt, so blieben auch jetzt zwischen den hohen Steinmauern.

Das Glend rollt hinaus vor die Stadt, während die Präler sich rüsten, nach durchschupfter Nacht neue Kräfte für ein Lottelieben zu sammeln. Sie erkennen nicht, sie wollen nicht erkennen das Verderben, das sie an der Gesamtheit begeben. Sie leben nicht die Zeichen der Zeit, tragen das Falschrecht und Wimpfen auf die Proletariat.

Die aber fordern: hinweg mit all diesen Lasterhöhlen, die in unseren schweren Tagen keine Existenzberechtigung haben. Ein besiegtes Volk verkauft keine Handerttausende, sondern spart und opfert! (Freilich: vom Stamme Rim und sie alle; die zur Fahne Wilhelms des Letzten hielten; das beweist das schlagende Ergebnis der Berliner Oberstleutenjammung. Mit den paar Märkern können die reaktionären Drageschanden keine großen Sprünge machen.)

Griffe der Staat gehörig zu duldet er nicht allenthaltenen Steuerdrückerel und Steuerhinterziehung, förderte er nicht durch halbe Maßnahmen Bällerei und Unzucht, diesen lauberrn Gezeiten in Bars und Dienen würde gar bald das Handwerk gründlich gelegt. Aber leider stehen ja gerade jetzt, da wir eine glorreiche Republik haben, dank dem Wechselholz einer reaktionären Regierung, alle Gelege nur auf dem Papier.

Die Wertzuwachssteuer

Die am 2. März bis 9. Juni von den Gemeindebehörden Berlins beschlossene, am 18. Juni d. J. vom Oberpräsidenten genehmigte und am 6. Juli, bzw. 4. August geänderte neue Wertzuwachssteuer für Berlin ist am 7. August d. J. veröffentlicht und sofort in Kraft getreten. Durch diese Steuer wird in Berlin ein großer Teil des Wertzuwachses besteuert, d. h. unvorzählbar gemacht. Die Steuer steigt progressiv von 10 Proz. bei 10 000 M. auf 20 Proz. bei 100 000 M. usw. Sie erhöht sich um 20 Proz. falls seit der letzten vorausgeschagten Steuerpflichtigen Veränderung weniger als fünf Jahre verlossen sind, und weniger als vier Jahre verlossen, erhöht sich die Steuer um 40 Proz., und weniger als drei Jahre verlossen, werden weitere 60, wenn weniger als zwei Jahre verlossen sind, werden 80, und wenn weniger als 1 Jahr verlossen ist, erhöht sich die Steuer um 100 Prozent, jedoch mit der Maßgabe, daß die gesamte Steuer 50 Prozent des Wertzuwachses nicht übersteigen darf.

Wucher mit Kohlen

Schiebungen mit Abfallkohle, bei denen er einige hunderttausend Mark verdient hätte, führten den Kaufmann Alfred Müller aus Charlottenburg vor das Nachgericht des Landgerichts II. Mit angeklagt waren der Kaufmann Julius Reustadt, der Kaufmann Gustav Rißel und der Kaufmann Hermann Brenne. Reustadt war wegen Krantheit nicht erschienen. Der Angeklagte, welcher wegen dieser Vorkommnisse entlassen worden war, war früher bei der Kohlenfirma Schilling als Geschäftsführer tätig gewesen. Bei der Steinkohlenanbereitung ebenso wie bei der Breiterefabrikation entstehen große Mengen minderwertiger Abfallkohlen, sog. Wulberkohlen, Schmelzkohlen und Klotzkohlen, welche in Friedenszeiten überhaupt nicht verwendet, sondern auf Halben gebracht wurden. Infolge der Kohlenknappheit machte man mit diesen in vielen Millionen von Tonnen vorhandenen Abfallkohlen Verträge und fand, daß diese, in Verbindung mit anderer guter Kohle, noch sehr gut brannten und deshalb ein brauchbares Stedmittel darstellten. Der Angeklagte Müller bezog nun ohne Erlaubnis der Kohlenstelle diese Abfallkohlen in Posten von je 20 000 Tonnen, und zwar zahlte er 27 bis 30 M. pro Tonne, das sind 20 Zentner. Unter Mitwirkung der Mitangeklagten verkaufte er diese Kohlen mit einem enormen Aufschlag und zwar für 65 bis 90 M. pro Tonne, d. h. für 40 Prozent Verdienst. Staatsanw. Rat Gens hielt die Angeklagten des Wuchers und des Kettenhandels für überführt und beantragte gegen Müller 20 000 M. Geldstrafe und Einziehung von 100 000 M., gegen die übrigen Geldstrafen bis zu 500 M. Das Gericht erkannte gegen Müller auf 2 Wochen Gefängnis, 10 000 M. Geldstrafe und Beschlagnahme von 100 000 M. Ueber Gewinn, gegen die übrigen auf Geldstrafen bis zu 500 M. Gegen Reustadt wurde das Verfahren abgelehnt. — Gegen die Lieferanten der Kohlen schwebt ein besonderes Verfahren.

Berliner Kriegsverbrechertum

Eine Unternehmung über das Berliner Verbrechen während des Krieges in politisch-historischer Beleuchtung veröffentlicht Dr. Hans G. v. d. B., Mitglied des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, im Deutschen Politik-Archiv, der Zeitschrift des Reichverbandes der Polizeibeamten Deutschlands.

Während das politische Berliner Verbrechenalbum Ende 1913 167 Mörder beiderlei Geschlechts enthielt, liegt diese Zahl kündigt bis auf 215 Ende 1918, bei den Rändern nun 620 auf 774, der Eindrehen von 796 auf 937. Ende 1918 wies das Verbrechenalbum die Bilder von 315 Hoteldieben gegenüber 149 Ende

1913 auf. Zum besseren Verständnis dieser Zahlen sei angeführt, daß von unseren „schweren Jungen und Mädchen“ in der Zeit von 1912—1918 verhältnismäßig nur wenige festgesetzt wurden, so 1. Mörder, 8 Räuber, 233 Einbrecher, so daß der Unterschied der Festsetzungen von 1918 und 1913 angenähert den Zuwachs der Zwischenzeit ergibt. Uebrigens muß man sich infolge des weiteren Sinkens des Markwertes und der leider unvermeidlichen weiteren Andrehung der Steuerkrone auf eine starke Erhöhung der Selbstmordfälle gefaßt machen.

Sprechend sind ferner die absoluten Zahlen der Leuchtgasvergasungen, die von 1914—1918 einschließlich so verlaufen: 135, 177, 191, 409, 360. Der Zahlenstöß der Allgemeinen Sicherheitspolizei reicht bis 1918 ein, die Abnahme der werten Taten in die Polizeireviere eingelieferter Leute. Dies waren 1914 noch 2437 Männer und 273 Frauen, 1918 hingegen — man beachte den hohen Frauenanteil, der nur zum Teil durch die numerische Stärke des weiblichen Geschlechts erklärt wird — 227 Männer und 57 Frauen, wobei sich für die Zwischenjahre ein ständiger Rückgang ergibt. Es ist dies ein der wenigen wirklich günstigen Kriegserfolge, die durch die Alkoholabsperrung herbeigeführt wurde. Leider haben sich sofort nach Friedensschluss die Alkoholverkäufe, Kaffees und sonstigen Reppelate ungeheuer vermehrt. Hier muß mir stärker bald Wandel geschaffen werden, auch schon der Wohnungsnot wegen.

Parteiaktivität. 23 Jahre Mitglied der Partei ist Genosse Hermann Bugenhagen, Görlinger Straße 70. Bei der Spaltung hielt er mutig zu unserer Sache und hat dazu beigetragen, daß die 12. Abteilung wieder eine ansehnliche Stärke erreichte. Bei seiner Kleinarbeit schloß Genosse Bugenhagen — Der Genosse August Uebel, Dolziger Straße 42, kann seit Juli auf eine 25jährige Mitgliedschaft in der Partei zurückblicken. Der Genosse hat in der Partei stets seine Schuldigkeit getan; möge jeder Genosse ihm nachsehen.

Gültigkeit der Fahrkarten. Infolge der ungleichen Taxen zwischen den Zügen des Fernverkehrs und den Zügen des Berliner Stadtb., Ring- und Vorortverkehrs berechtigten im allgemeinen die Vorortfahrkarten nicht zur Benutzung der Fernzüge. Besondere, die zur regelmäßigen Fahrt zwischen Berlin und Spandau, die gleichzeitig Vorort- und Fernbahnstation haben, wahlweise Fern- oder Vorortzüge auf Monatskarten benutzen wollen, müssen Monatskarten des Fernverkehrs zu diesem Zweck lösen. Der Hebergang aus der dritten in die zweite Wagenklasse ist auf Monatskarten 3. Klasse nicht mehr zugelassen. Umgekehrt lag bisher das Verhältnis bei der Benutzung der Vorortzüge mit Fahrkarten des Fernverkehrs. Diese berechtigten im allgemeinen ohne Nachzahlung zur Fortsetzung der Reise in einem Vorortzuge. Dies traf auf die Reisenden der 4. Wagenklasse zu, die unumkehrbar die Fahrt in der 3. Klasse der Vorortzüge fortsetzen konnten. In dieser Hinsicht tritt mit dem 1. September eine Änderung ein. Fahrkarten 4. Klasse gelten in den Stadt- und Vorortzügen in der 3. Klasse ohne Nachzahlung, soweit nicht Ausnahmen durch Schalterausgaben bedingungslos sind.

Wanderfahrt durch die Lüneburger Heide lautet das Thema des mit 100 farbigen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Herr Th. S. Janien am Mittwoch, den 10. August, abends 7½ Uhr, im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte hält. Mit dem größten Fernrohr werden bei klarem Wetter und Klarheit von 7—11 Uhr die Sonne, von 7½—11 Uhr der Mond, ein Fixstern oder Ringnebel in der Lener beobachtet. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich von 2 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends statt.

Brig. Die Neuwahlen der Elternbeiträge an den Gemeindeschulen in Brig sind auf Sonntag, den 28. August, ausgeschrieben. Die Wahlergebnisse liegen zu jedermanns Einsicht aus: 1. Schule, Chausseestraße, vom 1. bis 15. August täglich von 6—7 Uhr; Sonntags von 10—12 Uhr; 2. Schule, Bürgerstraße, vom 31. Juli bis 15. August täglich von 5—7 Uhr; Sonntags von 12—2 Uhr; 3. Schule, Hannemannstraße, vom 1. bis 14. August jederzeit, nur Sonntags von 10—12 Uhr beim Schulleiter. Wahlberechtigt sind an jeder Schule alle Eltern, Väter und Mütter, deren Kinder die Schule besuchen.

Zeugen gesucht! Es wird gebeten, daß sich diejenigen Personen melden, die den Zusammenstoß zwischen einem Dreiradlenkauto (Nr. 18 7895) und einem Kraftfahrer am Freitag, den 15. Juli 1921, abends 7 Uhr, am Kronprinzenerfer, Ecke Roonstraße (an der Karlsbrücke) gesehen haben. Der verletzte Kraftfahrer wurde im bewußtlosen Zustande von demselben Auto nach der Charité geschafft. Speziell wird um die Adresse des Mannes, welcher mit seinem Rade hinter dem Verletzten am Kronprinzenerfer entlang fuhr, gebeten. Zu melden bei Friedrich Graf, R. B. Berleberger Straße 49 II, oder Transportarbeiter-Verein, Engelauer 14/15, Zimmer 31.

Zeffenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(77. Fortsetzung) (Katholik verboten.)

Peters Gesicht brannte, und sein Herz tobte. Es trieb ihn, aufzuspringen und den beiden seine Verachtung ins Gesicht zu schmeißen; aber er blieb zitternd sitzen. Mit Wank hatte er auf diesen Mund losgeschlagen sollen, der sich nicht vom Mund des Mannes trennen konnte, diesem lügerischen, heuchlerischen Munde!

Aber er blieb in dumpfer Wut, in ratloser Verzweiflung sitzen und ließ die beiden ihren Weg fortsetzen, während er fühlte, daß sein Kopf heißer und heißer wurde und seine Glieder zu zittern angingen. Warum ging er ihnen nicht nach? — Da lag er auf der Erde, und seine Finger bohrten sich in das nasse Herbstlaub; sein Körper brannte wie Feuer — Gretchen! — lachte es in ihm.

Regungslos und gepeinigt lag er lange Zeit, bis ihn die Kühle auftrieb. Wie ein Verlegter, Flüchtiger, nicht wie ein Bittender, Anklagender kam er heim, mit wirrem Kopf und ratlos.

Er zuckte sich der Freiheit und schämte sich deshalb; er fragte sich an und biß die Zähne übereinander und wachte davon, daß er nichts sagen würde, er schlich sich ins Haus, wie wenn er auf etwas ertappt worden wäre.

Die Treppenlampe brannte, das sah heimlich aus; aber oben in dem mond hellen breiten Korridor überlam ihn ein Schrecken, als sah die Türe offne, und Helene in einen weichen weißen Schal gewickelt, das Haar offen, heraustrat.

Sie sah in streng an und drohte mit dem Finger! „Wo kommst du so spät her? Wo treibst du dich herum, du Taugenichts? Ganz nah sind deine Kleider! Ja werd's dem Vater sagen!“

War alles nur ein Traum gewesen? Peters Kopf glühte wie im Fieber; er rannte von Helene weg wie ein Verbrecher und warf sich auf sein Bett in ratloser Qual und schaute über das Neue, Quälende und Unbegreifliche, das über ihn gekommen war. Er wälzte sich unruhig herum und schloß zuletzt halb ein. In seinen Fiebertäumen kamen Gretchen und Helene und vermischten sich zu einem Welen, das ihn beängstigte und verzehrte; die geheimnisvolle Mondnacht, das rote Licht, der junge Thoman, der Helene im Arm hielt, Gretchen, die ihn küßte — lachte —

Am Morgen erzählt ihm die Welt wie ein Wirbel, in dem er sich nicht mehr zurechtfinden konnte. War das

Sünde, was er gesehen, und was er dabei empfunden? Auch das, was ihn jetzt immer an Gretchens Seite überfiel?

Gretchen und Helene — die Nacht am Weider, und die Tage neben der kleinen roten verdracht, vermischten sich für ihn und peinigten ihn. Er geizte sich nicht, seine Schwester anzuhauen! Oh! er dachte nicht mehr an Anklagen; er fürchtete sich, daß sie sprechen würde, wie wenn sie in seine Seele hätte schauen können. Er ging die nächste Zeit wie ein Betrunkener umher.

Der Kandidat jante, das, besahor ihn — Peter sah ihn sehen an — wollte reden — und schwieg. Wie hätte er das, was ihn bedrückte und quälte, irgendeinem sagen können! Der Kandidat fragte gewiß nur, weil er ihn verändert und verhorrt fand und wurde gewiß wieder zutrieden, sowie er wie früher war.

Peter mied jetzt Rakeberg. Er zuckte zurück, wie wenn er sich gebrannt hätte, wenn er nur das Wort hörte. Aber er lief auf die Anhöhe und schante von fern nach dem Dach von Rakeberg und fühlte, wie es ihm das Herz zusammenkrampfte, wenn er an Gretchen dachte. Ah, die Mutter! Wenn sie doch geahnt hätte, wie er sich quälte; wenn sie nur mit ihm gepochen, sich seiner erbarmt hätte.

Wenn sie nur gewußt hätte, wie oft er sich in schlaflosen Nächten vorgenommen hatte, mit ihr zu reden, und wie er sich schämte, wenn der Tag kam! Er taumelte nur so durch die Zeit, und Alwine, die ihn ein paar mal schärfer beobachtet hatte, rief ihm zu: „De, du! Stolper doch nicht über deine eigenen Gefühle!“

Eine wilde Bitternis überlam Peter, er kroch immer mehr in sich zurück, seine Unsicherheit wuchs; er war wieder der Schmeichele und Verstoßene, und der Kandidat meinte kopfschüttelnd: „Peter, Peter, die bösen Zeichen mehren sich! Siehen wir vor einer Krise? Sie sind ja wie ausgegesselt! Was ist denn los? Haltung! Ein Mann werden wollen!“

Doch Peter wies ihn höhnisch zurück: „Ein Mann! Ich soll ja erst ein Mutterknecht werden! Geben Sie mir doch das Rezept; wie macht man das? Wie haben Sie das gemacht?“

Der Kandidat sah ihn mit hochgeschwungenen Augenbrauen bedrückt und beleidigt an, sprach kein Wort mehr als unbedingt nötig, und beachtete es auch nicht, daß Peter seine Schrottheit bereute und beugte und traurig war, und doch

bei Gelegenheit sein Fühlen schier brutal abweisend vor ihm verstande.

Eines Abends, der Herbstwind stöhnte in den Zweigen, der Wald donnerte von der Höhe herunter, sah Peter aus dem Hause und rante nach Rakeberg. Die Berge standen in der beginnenden Dämmerung so nah, so unverfälscht, förmlich schamlos sahen sie aus, zeigten alle ihre Risse und Schrunden. Etwas Höhnliches und zugleich Aufreizendes lag in der weichen und dabei heftig bewegten Luft, in den Wolken, die sich förmlich vor halt ineinander schoben, in den wilden schallenden Tönen, die über die Iden Weider gellten und in den Höhren ihren Spul trieben. Ein düsteres Abendrot hockte am Rand des Himmels und folgte Peter, bis er im Haus der Rakebergern war. Der Sturm jeterte um die Mauern; aber es war ganz still in dem kleinen dunklen Haus, nichts rührte sich. Peter drückte erregt auf die Türklinke der Wohnstube; sie war verschlossen, doch näherten sich häßlich Schriftchen, und Gretchens Stimme fragte halb unwillig, halb fürchtend: „Woh ist denn draußen?“

„Ja — — der Peter.“

„Ach du! Wie kann man so spät kommen!“

„Rach auf!“ hat Peter heißer.

„Gleich gleich!“

„Rach auf!“ Peter drückte wie rasend auf die Klinke.

Endlich knirschte der Riegel, die Tür gab nach, er fiel fast ins Zimmer, in dem er vor dem düster drohenden Abendrot die Silhouette Gretchens gewahrte.

Schon hatte er das Mädchen an sich gerissen, wortlos und fast weinend vor Sehnst, schon hielt er es fest an sich gepreßt und suchte ihren Mund, und suchte ihre Worte und ihr Wehren mit Rüssen zu ersticken.

„Nicht!“ schrie Gretchen, als sie endlich ihren Mund von seinen Lippen trennen konnte, und stemmte ihre kleine derbe Faust auf seine Brust: „Ich will nicht, daß du so wild bist. Nein, ich will nicht!“

Und als Peter wieder nach ihr greifen wollte, biß und kratzte und stieß Gretchen nach ihm, der sie immer wieder an sich riß, bis sie endlich in ein halb fürchtendes, halb jörniges Weinen ausbrach.

„Licht! Licht! Licht!“ schrie Peter und stieß das Mädchen von sich, „schnell, mach Licht!“

Und wie auf ein Stichwort erschien Mama Rakeberger mit einer sehr dünnen, sehr unschuldigen, sehr unsicheren Kerze. (Fortsetzung folgt.)

